

## Chance für atlantische Partnerschaft

Mit den transatlantischen Beziehungen ist es derzeit wie mit dem berühmten Glas Wasser: Wer auf die offensichtlichen Schwierigkeiten achtet, sieht es halb leer; wem es eher auf die beachtlichen Erfolge ankommt, meint es sei halb voll. Beobachtet man Stimmung und Trend der letzten Wochen, könnte sich das Glas bald tatsächlich wieder füllen. In Washington wächst die Erkenntnis, dass mehr Partnerschaft den eigenen Optimismus glaubwürdiger macht, und immer mehr Europäer begreifen, dass mit überzogener Skepsis gegenüber allem Amerikanischen weltpolitisch kaum etwas zu bewegen ist.

Die grundsätzliche Annäherung der Interessen trägt bereits erste Früchte: Mit der gemeinsamen Position gegenüber dem iranischen Atomprogramm sind die Aussichten auf eine diplomatische Lösung dieses lange unterschätzten Konflikts deutlich verbessert. Beide Partner setzen auf Verhandlungen, kommen dem Iran bereits jetzt wirtschaftlich entgegen, bekennen sich aber nötigenfalls auch eindeutig zur Übertragung der Angelegenheit an den Weltsicherheitsrat – eine Strategie, die auch diejenigen widerlegt, die bei uns stets lauthals verkünden, die Gefahr liege mehr in Washington denn etwa im Teheraner Regime.

Atlantische Geschlossenheit und Entschlossenheit zeigt sich bislang auch bei der weitsichtigen Beurteilung und Begleitung der brisanten Entwicklungen im Libanon und in Syrien, wo sich der rasch gefundene Konsens zwischen Washington und Paris besonders wird bewähren müssen. Nimmt man die erklärte Absicht der Amerikaner und Europäer, sich im Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern abgestimmt zu engagieren, zusammen mit unserem gemeinsamen Einstehen für eine nachhaltige Stabilität Afghanistans und mit der nun auch in Berlin und Paris gewonnenen Einsicht, dass der frei gewählten irakischen Regierung eine stärkere Unterstützung nicht länger aus rückwärtsgewandten Erwägungen verweigert werden darf, dann ist die Prognose für eine durchdachte atlantische Politik im gesamten Nahen und Mittleren Osten durchaus vielversprechend. Letztlich stellen uns die Menschen dort wie in anderen Regionen gemeinsam vor die Gewissensfrage, inwieweit wir aus unserem eigenen demokratischen Erbe den Auftrag empfinden, auch ihnen den Weg zu Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Menschenrechten verantwortlich zu ebnen. Den Willen hierzu haben die Wähler in Afghanistan, Palästina und auch im Irak beeindruckend manifestiert, und gerade wir

Europäer sollten auch aus Selbstachtung nicht überrascht oder peinlich berührt tun, wenn nach den Georgiern und Ukrainern heute auch die Kirgisen und morgen womöglich weitere Völker demokratische Rechte einfordern.

Wem diese Chancen für atlantische Politik auch Verpflichtung sind, der darf die Frage des Waffenembargos gegenüber China nicht zum neuerlichen Stolperstein werden lassen. Die voreiligen Festlegungen des Kanzlers sind deshalb nicht nur eine krasse Missachtung des ausdrücklichen Willens des Bundestags, sondern, ganz in der Logik seines „Deutschen Wegs“, unilaterales, bündnispolitisches Gift. Er sollte dringend beisteuern und sich darum bemühen, dass vor einer EU-Entscheidung zu einer atlantischen Verständigung gefunden wird, zu der auch gehört, dass einschlägige Exportregeln auf europäischer Ebene verbindlich und auf amerikanischer Seite transparent werden. Denn beide sind wir an langfristig soliden und fruchtbaren Beziehungen zu China interessiert, wollen, dass die Einbindung des Landes in Weltpolitik und Weltwirtschaft mit Fortschritten in der Menschenrechtslage einhergeht und mit einer friedlichen Entwicklung der Taiwan-Frage, und beide sorgen wir uns um die Stabilität in Ostasien. Auch der Kanzler weiß, dass nicht wir Europäer, sondern die USA für die Sicherheit im Pazifik einstehen.

Ohne funktionierende atlantische Partnerschaft wird sich unsere Sicherheitsarchitektur nicht modernisieren lassen. Die nach dem Schock des 11. September entwickelten amerikanischen und europäischen Sicherheitsstrategien bauen - bei allen Unterschiedlichkeiten - auf die Kombination von Diplomatie, militärischer Stärke, nachrichtendienstlichen Informationen, Entwicklungs- und Handelspolitik, auch Auswärtiger Kulturpolitik und den Möglichkeiten der modernen Medien. Wir teilen also die Erkenntnis, dass die neuen Chancen und Risiken nur beherrschbar bleiben, wenn wir uns einem breiten Denk- und Handlungsansatz verpflichten – strategisch-intellektuell wie mit der entsprechenden Konzentration und Ausrichtung unserer Mittel.

Eine besondere Chance ist, dass die Vereinten Nationen einen ähnlichen Weg gehen. Das von Kofi Annan vorgestellte Reformprogramm scheut auch die schwierige Frage nicht, wie angesichts der neuen Gefahren über die Unmittelbarkeit einer Bedrohung und wirkungsvolle Gegenmaßnahmen befunden werden kann. Zugleich geht es um die Optimierung der entwicklungs- und sicherheitspolitischen Effizienz und Durchsetzungsfähigkeit der Weltorganisation, um ihre Glaubwürdigkeit

als multilaterale Legitimationsinstanz und darum, einen Meilenstein zu setzen für ein Leben Aller in Würde und ohne Angst vor Terror und Gewalt.

Europäische und amerikanische Diplomatie sollten diese Vorschläge gemeinsam aufnehmen und ihren Wert als Ergänzung und Rahmen ihrer Sicherheitsstrategien erkennen. Dies ließe hoffen, dass sich beide fortan weniger auf die Diskussionskultur in den VN-Gremien und Zirkeln konzentrieren und mehr eigene Verantwortung für deren oft himmelschreiendes Versagen spüren, so derzeit gegenüber den Mörderbanden im sudanesischen Darfour, die bereits ungehindert Hunderttausende in den Tod und Millionen in die Vertreibung gezwungen haben. Dieser wahren Dimension der Reformvorhaben Kofi Annans wird die Kampagne des Kanzlers für einen vetoberechtigten deutschen Sitz im Sicherheitsrat kaum gerecht, sie geht am Kern der Aufgaben vorbei.

Die NATO befindet sich ebenso inmitten einer tiefgreifenden Reform. Die Transformation der europäischen, wie der amerikanischen Streitkräfte, also auch der Bundeswehr, begründet sich damit, gegenüber den neuen, globalen Gefahren gewappnet zu sein und überall dort für unsere Sicherheit sorgen zu können, wo und von wo aus sie bedroht wird. Wir Europäer haben zweifellos enormen Nachholbedarf, was unsere Fähigkeiten und Mittel betrifft, können aber konzeptionell davon profitieren, schon frühzeitig auf die Kombination militärischer und ziviler Instrumente gesetzt zu haben. Unsere gemeinsamen sicherheitspolitischen Strukturen der ESVP folgen diesem Ansatz und auch Washington hat sich wohl durchgerungen, sie als willkommenen Beitrag zur Stärkung des Atlantischen zu begrüßen. Manche Europäer sollte dies endlich überzeugen, sich zum Wert moderner und umfassender Wehrhaftigkeit zu bekennen – auch damit wir bald zu einer vertrauensvollen atlantischen Diskussion über die Sicherheitsstrategien gelangen und darüber, dass der weltweite Einsatz für Demokratie und die Akzeptanz des Multilateralen zusammengehören, während sich die Durchsetzung rechtstaatlicher Prinzipien mit der Installierung faktischer Rechtlosigkeit in Guantanamo eben nicht verträgt.

Neben den wichtigen, aber viel zu wenig beachteten Institutionen, die sich um Rüstungskontrolle und Abrüstung bemühen, stehen die atlantischen Partner auch vor der Aufgabe, der oft schon vergessenen OSZE neue Vitalität zu geben. Dass sie keineswegs obsolet ist, war während der „Orangen Revolution“ der Ukraine zu verfolgen, als ihre einzigartige Expertise bei der umfassenden Beurteilung von

Wahlen zur entscheidenden Autorität wurde. Das hier geübte und bewährte Prinzip vertrauensvoller Zusammenarbeit auf Basis gemeinsam akzeptierter Standards könnte ein Schlüssel werden, die offensichtlichen Probleme im Kaukasus oder in Zentralasien in Partnerschaft und ohne neue Rivalitäten mit Moskau in die richtigen Bahnen zu lenken. Moskau ist im eigenen Interesse gut beraten, auf eine solide und langfristige Zusammenarbeit mit allen seinen europäischen und atlantischen Partnern und auf Offenheit zu setzen, anstatt auf die fragwürdige Etikettierung als „lupenreine Demokratie“ durch den Kanzler oder als „Schicksalspartner der EU“ durch den französischen Präsidenten.

In atlantischer Partnerschaft stehen unsere Chancen heute gut, Krisen und Konflikte besser unter Kontrolle zu bringen, im Konsens über das sicherheitspolitisch Notwendige zu mehr Stabilität zu gelangen und so die Herausforderungen der globalisierten Welt erfolgreich zu meistern. Wir sollten die Chancen gemeinsam anpacken.